

Protokoll:

66/Herr Gerhards erklärt, dass zur Sicherung der Leistungsfähigkeit und zur Erreichung der städtebaulichen Ziele sich die Verwaltung gegen weitere Reduzierungen der Fahrstreifen oder dem Einbau von geschwindigkeitsdämpfenden Maßnahmen im Fahrbahnbereich ausspreche. Rm Lipinski-Naumann erklärt, dass der Antrag der SPD-Fraktion als erledigt angesehen werde. 66/Herr Gerhards erklärt, dass 31 den ruhenden Verkehr überwache, während der fließende Verkehr durch die Polizei überwacht werde. Nur die Polizei könne gegen Geschwindigkeitsübertretungen rechtlich vorgehen. Die Polizei habe im Zuge der Abstimmungsgespräche mit der Verwaltung darauf hingewiesen, dass sich Bürger, die Geschwindigkeitsübertretungen beobachten, sofort mit der Polizei in Verbindung setzen sollten und auf die Verkehrsvergehen hinweisen.

Der Fachbereichsausschuss IV nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.